



## BUNDESTAGSWAHL

### WEICHEN RICHTIG STELLEN!

Nach Wochen des Lockdowns rückt ein entspannterer Sommer in greifbare Nähe. Sinkende Fallzahlen und steigende Impfquoten sind die Grundlage für einen optimistischen Blick auf die kommenden Monate. Erste Öffnungsschritte geben sowohl den Bürgern als auch vielen Betrieben in besonders gebeutelten Branchen eine dringend benötigte Perspektive. Zudem haben Schülerinnen und Schüler eine solide Basis, um nach Monaten des Home Schoolings in einen flächendeckenden und dauerhaften Unterricht an den Schulen zurückzukehren.

### Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit verbinden

Diese positive Entwicklung gibt zugleich Anlass zur Hoffnung, dass die Ende September anstehende Richtungsentscheidung im Bund mehr wird als eine Abstimmung über das Corona-Krisenmanagement in Deutschland. Im Mittelpunkt der politischen Debatte dürfte die Frage stehen, wie wir Wirtschaft und Gesellschaft so umbauen, dass dem Klimaschutz ebenso Rechnung getragen wird wie den Anforderungen an unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und langfristig sichere Arbeitsplätze. Kaum weniger wichtig: Wie soll das soziale Netz der Zukunft aussehen? Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, gerechte Rentenpolitik und eine krisenfeste Arbeitslosenversicherung sind essenziell für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Damit untrennbar verbunden ist die Frage, wie die Lasten bei der Finanzierung dieses Netzes gerecht verteilt werden: zwischen den Generationen ebenso wie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

### Auf die Wirtschaft kommt es an

Alle politischen Parteien sind im Wahlkampf gut beraten, diese anspruchsvolle Gemengelage nicht mehr als nötig zu vereinfachen. Ein Wettlauf darum, wer den Unternehmen die größten Lasten aufbrummt, ist die denkbar schlechteste Alternative. Die Corona-Krise ist der beste Beweis, dass es ganz entscheidend auf die Wirtschaft ankommt. Nur starke und wettbewerbsfähige Unternehmen können starke Sozialsysteme finanzieren. Nur mit Schnelligkeit und Forschergeist sind Innovationen wie mRNA-Impfstoffe möglich. Auf die Wirtschaft kommt es an – und die Wirtschaft sind wir alle!

**"DIE CORONA-KRISE IST DER BESTE BEWEIS, DASS ES GANZ ENTSCHEIDEND AUF DIE WIRTSCHAFT ANKOMMT."**

BAVC-Hauptgeschäftsführer  
Klaus-Peter Stiller

 **CHEMIE-RECHTSPORTAL:  
NEUER MEILENSTEIN**

Seite 4



 **SYMBOLPOLITIK  
MIT QUOTEN**

Seite 7



# HERAUSFORDERUNGEN BEI LIEFERKETTEN UND PREISEN FÜR VORPRODUKTE CHEMIE-KONJUNKTUR ERHOLT

Die aktuellen Konjunkturdaten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigen eine gesamtwirtschaftliche Aufbruchstimmung. Eine Vielzahl der in der dortigen „Konjunkturampel“ erfassten Indikatoren steht auf grün; auch die Konjunkturumfrage des IW spiegelt diese Zuversicht. Bei den Produktionserwartungen für das gesamte Jahr 2021 dominieren die Optimisten. Mit Blick auf die Investitions- und Beschäftigungserwartungen ist die Zuversicht allerdings noch deutlich moderater.

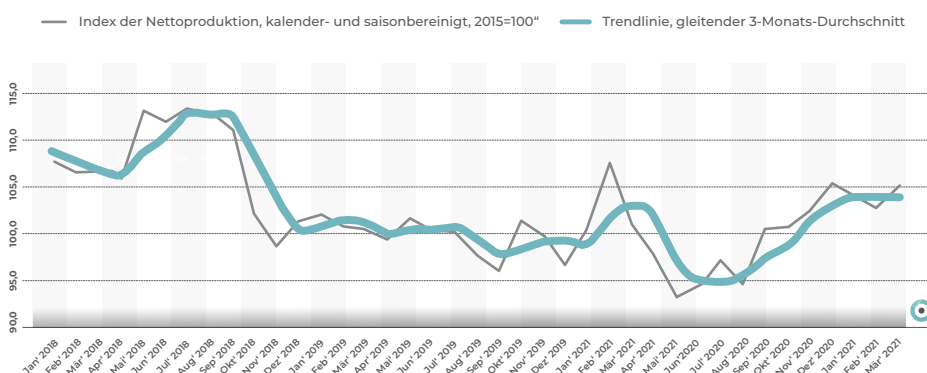
## Gemischtes Bild in der Gesamtwirtschaft

Dabei zeichnet sich seit Herbst 2020 eine Spaltung in der deutschen Wirtschaft ab. Während die Industrie mit dem Rückenwind der globalen Belegung deutliche Aufwärtsentwicklungen meldet, leiden weite Bereiche der Dienstleistungsbranchen weiterhin massiv unter den Anti-Corona-Maßnahmen. Und innerhalb der Industrie wiederum steht einer verbesserten Lage im Vorleistungs- und Investitionsgüterbereich eine weniger positive bei Konsumgüterproduzenten gegenüber. Mit Blick auf das gesamte Jahr 2021 vermeldet die Konjunkturumfrage des IW für die Industrie in Summe Optimismus: Fast die Hälfte der Betriebe geht hier von einer höheren Produktion aus, nur jeder fünfte von einem Rückgang. Wie bei der Lagebewertung zeigen sich die Grundstoff- und Investitionsgüterfirmen auch beim Ausblick am ehesten zuversichtlich. Hingegen geht im Durchschnitt der Dienstleister nur gut ein Drittel noch von einem besseren Geschäft als im ersten Pandemiejahr 2020 aus. Ein Viertel erwartet für 2021 einen weiteren Geschäftsrückgang.

## Chemie-Produktion mit Aufwärtstrend

Die Produktion der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat seit der Jahresmitte 2020 im Trend kontinuierlich zugelegt. Die sehr starke Aufwärtsdynamik der zweiten Jahreshälfte 2020 konnte sich in den ersten Monaten des Jahres 2021 allerdings erwartungsgemäß nicht im selben Ausmaß fortsetzen. Die Trendlinie der Nettoproduktion lag damit aber zuletzt leicht über dem Niveau unmittelbar vor Beginn der Corona-Pandemie und auf dem höchsten Wert seit Herbst 2018. Die Menge der produzierten Güter war somit nicht nur höher als im Pandemiejahr 2020, sondern auch größer als im von einer globalen Industrierezession geprägten Jahr 2019. Allerdings zeigt die aktuellste Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2021 nun eher die erwartete Seitwärtsbewegung und eine gewisse Konsolidierung. Vom Niveau des letzten Höhepunkts der Industriekonjunktur zur Jahresmitte 2018 ist das Produktionsvolumen der Chemie- und Pharmaproduzenten in Deutschland damit in der Summe immer noch ein gutes Stück entfernt.

Produktion chemisch-pharmazeutische Industrie



Quelle: Destatis, Chemdata, BAVC-Berechnungen

## STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



„Treffen die Prognosen zu, bewegt sich der Umsatz unserer Branche 2021 wieder auf dem Niveau unmittelbar vor der Pandemie - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Vom Höhepunkt der Industriekonjunktur 2018 wären wir dann immer noch ein Stück entfernt. Damit die Wirtschaft Fahrt aufnehmen kann, brauchen die Unternehmen mehr Freiraum und weniger Bürokratie. Wir brauchen nicht nur ein Belastungsmoratorium, sondern auch eine Entfesselungsoffensive für die Wirtschaft.“

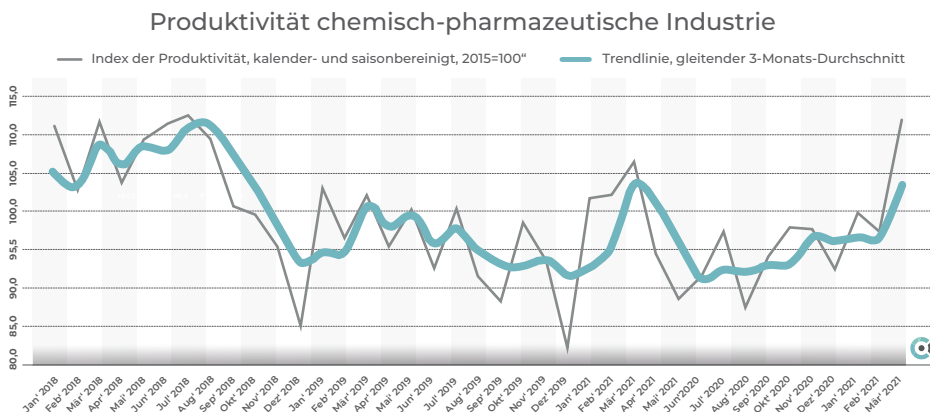
## Erzeugerpreise steigen deutlich

Eine ähnliche Entwicklung wie die Produktion zeigen auch die Umsätze der Branche. Zuletzt lagen dabei sowohl die Inlands- wie auch die Auslandsumsätze über dem Vorjahresniveau und damit sogar schon wieder leicht über den Werten unmittelbar vor Beginn der Pandemie. Zusätzlich zur Entwicklung der Produktionsmengen wurden die Umsätze dabei auch von den deutlich gestiegenen Erzeugerpreisen getrieben. Diese Absatzpreise für die Produkte der chemisch-pharmazeutischen Industrie liegen aktuell weit über den Werten der letzten Jahre. Getrieben wird diese Preisentwicklung der letzten Monate dabei einerseits von steigenden Rohstoffpreisen; so haben sich zum Beispiel die Preise für Rohöl seit dem Tiefpunkt in den ersten Monaten der Pandemie wieder mehr als verdoppelt. Andererseits haben die dynamische Erholung in weiten Teilen der globalen Industrie ebenso wie Lieferengpässe durch meteorologische Phänomene, Corona-Infektionswellen in unterschiedlichen Weltregionen und zeitweise Blockaden wichtiger Handelsrouten zu vielfältigen Knappheiten in den Lieferketten geführt, die sich ebenfalls in steigenden Preisen niederschlagen.

Besonders dynamisch entwickelten sich zuletzt die Preise der rohlnahen Sparten Petrochemikalien und Polymere/Kunststoffe. Aber auch für Fein- und Spezialchemikalien ergaben sich deutliche Preissteigerungen. Für die wirtschaftliche Situation der Unternehmen sind diese durchaus ambivalent. Zum einen sind die höheren Erzeugerpreise teilweise nur durchlaufende Größen, die schließlich die höheren Rohstoffkosten weitergeben und nicht zu parallel steigenden Erträgen führen. Zum anderen werden viele der nun zu höheren Preisen verkauften Güter von anderen Betrieben der Branche als Vorprodukte gekauft und weiterverarbeitet. Dort steigen die Produktionskosten in einem Umfang, der nicht immer an die Endkunden weitergegeben werden kann.

## Chemie-Produktivität unter dem Niveau von 2018

Anders als Produktion und Umsatz zeigte die Produktivität der chemisch-pharmazeutischen Industrie lange keine positive Entwicklung. Zwar konnte diese Kennziffer die Verluste des ersten Corona-Jahres 2020 weitgehend wieder wettmachen. Das Niveau der Trendlinie im März 2021 lag aber trotz eines deutlichen Anstiegs im letzten verfügbaren Monat immer noch unter dem Vorjahresniveau. Auch im Vergleich mit dem Ende des ersten Quartals 2018 lagen Menge und Wert der produzierten Güter im Verhältnis zum eingesetzten Arbeitsvolumen in diesem Jahr bisher klar niedriger. Mit den im Zeitraum 2018 bis 2021 um insgesamt fast 7 Prozent steigenden tariflichen Leistungen für die Beschäftigten der Branche konnte die Summe der pro Kopf produzierten Waren somit bis jetzt nicht mithalten.



Autor: Lutz Mühl

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer  
Wirtschaft, Sozialpolitik

[lutz.muehl@bavc.de](mailto:lutz.muehl@bavc.de)

INFO

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 1. Quartal 2021 gegenüber dem 4. Quartal 2020 um 1,8 Prozent gesunken. Nachdem sich die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 zunächst etwas erholt hatte, führte die Corona-Krise zum Jahresbeginn 2021 zu einem erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Mehr dazu unter

[destatis.de](https://www.destatis.de)



Quelle: Shutterstock 1441303643

## ENTWICKLUNG CHEMIE-RECHTSPORTAL NEUER MEILENSTEIN ERREICHT

*Das Chemie-Rechtsportal nimmt immer konkretere Formen an. Rund 35 Experten aus neun Chemie-Arbeitgeberverbänden haben in den vergangenen Monaten die Inhalte für das Rechtsportal erarbeitet: ein Mammutprojekt. Arbeitsgemeinschaften haben in einem intensiven Prozess die relevanten und darstellbaren Themen herausgefiltert, die Themen priorisiert und sie interaktiv darstellbar aufbereitet – meist in Form von Entscheidungsbäumen.*

### Ziel des Gemeinschaftsprojekts

Doch wozu das Ganze? Das Chemie-Rechtsportal soll nicht nur modern sein, sondern den Mitgliedern der Chemie-Arbeitgeberverbände einen echten Mehrwert bringen: Ratsuchende sollen auf Standardfragen jederzeit und überall Antworten geliefert bekommen und häufig wiederkehrende Berechnungen mit programmierten Rechnern selbst vornehmen können. Den Mitarbeitenden der Mitgliedsverbände soll durch eine geringere Anzahl an Standardfragen mehr Zeit für die komplexeren Fälle zur Verfügung stehen; zusätzlich leistet das Portal einen Beitrag zum Wissenstransfer. Darüber hinaus wird das Portal den Sachverhalt auf Basis der vom Nutzer eingegebenen Antworten verfügbar machen. Das spart Zeit, wenn der Fall später doch beim Experten des Arbeitgeberverbandes landet.

### Aktueller Zwischenstand

Gut ein Jahr nach der „Grundsteinlegung“ des Rechtsportals lassen sich die Zwischenergebnisse sehen: Zahlreiche Vorarbeiten sind so gut wie erledigt, aktuell wird ein Drehbuch für ein Video geschrieben, die Programmierung von Rechnern vorbereitet, im Hintergrund läuft die technische Umsetzung an. Parallel wird nach dem besten Design für das Rechtsportal gesucht. Die sechs Arbeitsgemeinschaften zum Chemie-Rechtsportal haben zahlreiche Entscheidungsbäume zu verschiedenen Themen entworfen – darunter Arbeitszeit- oder Vergütungsfragen sowie Fragen rund um die Beendigung von Arbeitsverhältnissen, Instrumente des flexiblen Übergangs, Gesundheit oder Zeiten ohne Arbeitsleistung wie Urlaub oder Freistellung.

Die Arbeitsgemeinschaften haben eigenverantwortlich entschieden, zu welchen Themen sie welches Produkt anbieten wollen – also Entscheidungsbaum, Rechner oder Video. Auch der bereits vorhandene Dokumentengenerator wird in das Chemie-Rechtsportal umziehen. Darüber hinaus ist denkbar, dass Wikis oder ein Chatbot das Angebot erweitern; langfristig gibt es auch für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz kein Denkverbot. Der Erarbeitungsprozess des Portals wird kein echtes Ende haben. Vielmehr wird aktuell eine Basis geschaffen, auf der über die nächsten Jahre und Jahrzehnte immer wieder neue Inhalte und Tools eingepflegt werden können.

### INFO

Das Chemie-Rechtsportal wird in einem breit angelegten Gemeinschaftsprojekt der Chemie-Arbeitgeberverbände für die Mitglieder entwickelt und soll als exklusiver Dienst für die Rechtsberatung zur Verfügung gestellt werden.

## Echogruppe aus Endanwendern...

Nach der intensiven Arbeit der Arbeitsgemeinschaften wird im Sommer 2021 ein weiterer Meilenstein erreicht: Die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer können das Rechtsportal testen. Nach langer fachlicher Vorarbeit kommen wir damit zur spannenden Frage: Welchen Mehrwert bietet das Chemie-Rechtsportal den Anwendern und wie kommen sie damit zurecht? Um diese Fragen zu beantworten und das Chemie-Rechtsportal für die Nutzerinnen und Nutzer zu optimieren, wird es verschiedene Tests geben:

Die Echogruppe ist idealerweise aus Personen verschiedener Hierarchiestufen und Erfahrungslevels sowie diversen fachlichen Kompetenzen zusammengesetzt. Als grobe Orientierung sind verschiedene „Typen“ von Nutzerinnen und Nutzern denkbar. Die Mitglieder der Echogruppe sollen sich mit den erarbeiteten Entscheidungsbäumen befassen und diese mit Blick auf ihre individuellen Bedarfe testen. Ein positiver Nebeneffekt: Die Mitglieder der Echogruppe können als Multiplikatoren bei der Vermarktung des Rechtsportals unterstützen und aktiv bei der Ausgestaltung des Chemie-Rechtsportals mitwirken.

### ...testet auf Herz und Nieren

Die Echogruppe, die mit Personalern aus Unternehmen besetzt sein soll, wird die Fragebögen auf ihre Verständlichkeit prüfen und erörtern, ob und wie sie mithilfe der angebotenen Tools ein konkretes Problem oder eine konkrete Rechtsfrage lösen kann. Hier spielt auch die Detailtiefe eine Rolle: Die Fragen, Antwortmöglichkeiten und Hinweise müssen verständlich sein, ohne juristisch falsch zu werden. In einigen Fällen ist das eine Gratwanderung. Neben der Echogruppe aus dem Personalbereich werden auch die Geschäftsführungen der Mitgliedsverbände zu den ersten Testern gehören.

### Schlussredaktion und Usability Testing

Geplant ist aktuell auch eine Schlussredaktion, die die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften aufeinander abstimmt und mit Blick auf das gesamte Rechtsportal thematische Verknüpfungen herstellt. Anschließend werden im Usability Testing das Handling der interaktiven Module, die intuitive Bedienbarkeit und die Auffindbarkeit von Elementen überprüft. Hierfür soll ein Teil der Testpersonen aus der Echogruppe anhand einer Beispielaufgabe Feedback zur Nutzeroberfläche geben können. Ziel der vielen Tests ist es, das Chemie-Rechtsportal optimal auf die Bedürfnisse der späteren Anwender auszurichten.

### Projekt mit Zukunft

Das Chemie-Rechtsportal ist kein Projekt, das irgendwann abgeschlossen sein wird und ab dann an Wert verliert. Der aktuelle Prozess dient vielmehr dazu, den Grundstein für das Portal zu legen, das über die Jahre wachsen wird. Neue Inhalte und Formate werden in das Portal aufgenommen und vielleicht auch bestehende Elemente in das Portal überführt. Die Aktualität des Portals wird auch in Zukunft sichergestellt sein. Das Chemie-Rechtsportal ist nicht einfach nur ein temporäres Projekt: Es ist ein neuer Baustein in der Angebotspalette der Chemie-Arbeitgeberverbände für ihre Mitglieder, der immer weiter an Bedeutung gewinnen wird.

**Autorin:** Mechthild Bachmann



**MECHTHILD BACHMANN**

Nachhaltigkeit, Innovation

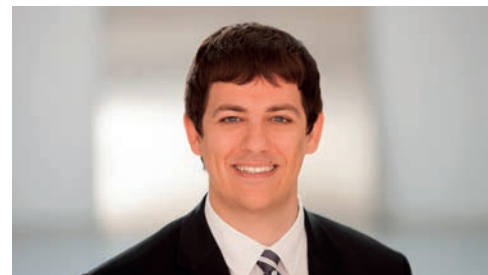
[mechthild.bachmann@bavc.de](mailto:mechthild.bachmann@bavc.de)



**MARKUS DANUSER**

Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt

[markus.danuser@bavc.de](mailto:markus.danuser@bavc.de)



**LARS MESSERSCHMIDT**

Tarifpolitik, Arbeitsrecht

Projektleiter Chemie-Rechtsportal

[lars.messerschmidt@bavc.de](mailto:lars.messerschmidt@bavc.de)



2021  
PORTUGAL

Quelle: Nuno Guimaraes/ Shutterstock Editorial 11894436q

## EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE KOMPASS FÜR DEN WIEDERAUFBAU

Unter portugiesischer Ratspräsidentschaft fand Anfang Mai der EU-Sozialgipfel in Porto statt. Ziel des Gipfels war es, die 2017 in Göteborg proklamierte Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR) zu festigen, indem die EU-Mitgliedstaaten sich auf konkrete Maßnahmen zur Implementierung der ESSR verständigen. Als Grundlage hatte die EU-Kommission im März einen Aktionsplan vorgestellt, der 68 sozialpolitische Initiativen auf EU-Ebene enthält.

### Ergebnisse des EU-Sozialgipfels in Porto

Zum Auftakt verabschiedeten die EU-Institutionen und die EU-Sozialpartner eine gemeinsame Verpflichtung, das sogenannte „Porto Social Commitment“. Danach soll die ESSR als Kompass für nachhaltigen und inklusiven Wiederaufbau sowie für eine wirtschaftliche und soziale Konvergenz dienen. Die ESSR soll zudem mit angemessenen Instrumenten wie dem Europäischen Semester und unter Beachtung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten und des Subsidiaritätsprinzips implementiert werden.

Die Staats- und Regierungschefs nahmen am zweiten Gipfeltag eine Erklärung an, in der sie sich zur intensivierten Umsetzung der ESSR auf europäischer und nationaler Ebene bekennen. Sie betonten jedoch, dass hierbei die jeweiligen Zuständigkeiten sowie die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu achten sind. Der Aktionsplan der EU-Kommission zur Umsetzung der ESSR wird als nützliche Orientierungshilfe bezeichnet. Die Staats- und Regierungschefs wollen Bildung und Kompetenzen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellen, um den Herausforderungen des grünen und digitalen Wandels zu begegnen. Außerdem werden laut der Erklärung Themen wie Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Telearbeit und Plattformwirtschaft besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, der Systeme der sozialen Sicherheit sowie der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz erfordern.

### Bewertung aus Sicht des BAVC

Die Chemie-Arbeitgeber begrüßen, dass in beiden Erklärungen von Porto auf die Kompetenzverteilung gemäß den EU-Verträgen sowie die Subsidiarität verwiesen wird. Obwohl in der ESSR explizit erwähnt wird, dass diese nicht die Befugnisse und Aufgaben der Union ausweitet, wurden doch alle sozialpolitischen Initiativen der letzten Jahre durch die Grundsätze der ESSR legitimiert. Hauptaugenmerk sollte jetzt mehr denn je auf der Wiedererlangung wirtschaftlicher Stärke und internationaler Wettbewerbsfähigkeit liegen, damit auf dieser Grundlage auch sozial starke EU-Staaten bestehen können.

**Autorin:** Elisa Hensel

### KONTAKT



#### ELISA HENSEL

Europäische und internationale Sozialpolitik

[elisa.hensel@bavc.de](mailto:elisa.hensel@bavc.de)

### LINKTIPP

Weitere Informationen zum Social Summit 2021 in Porto finden Sie auf den Seiten des Europäischen Rats

[consilium.europa.eu  
2021portugal.eu](https://consilium.europa.eu/2021portugal.eu)



Quelle: Shutterstock 1289761519

## FRAUEN IN FÜHRUNG SYMBOLPOLITIK MIT QUOTEN

Die Frauenquote kommt nach dem Einzug in die Aufsichtsräte nun auch in die Vorstände deutscher Unternehmen. Nach der Evaluation des seit 2015 geltenden Führungspositionengesetzes (FüPoG) plant die Bundesregierung weitere Regulierungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen. Zentrale Neuerung des voraussichtlich ab Januar 2022 geltenden zweiten Führungspositionengesetzes (FüPoG II) ist ein verbindlicher Mindestanteil von Frauen in Vorständen mit mehr als drei Mitgliedern in großen Unternehmen. Zusätzlich müssen Unternehmen begründen, warum sie sich mit Blick auf die Besetzung mit Frauen in Aufsichtsrat, Vorstand und den obersten beiden Führungsebenen selbst die Zielgröße Null gesetzt haben (sog. comply-or-explain-Prinzip).

Die Bundesregierung meint, einen größeren Frauenanteil in Vorständen mit gesetzlichen Quoten erreichen zu können. Argumentiert wird mit einem durchschnittlichen Frauenanteil in Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen von 11,5 Prozent. In der Tat ist dieser Anteil ausbaufähig. Eine gesetzliche Quote ist jedoch nicht geeignet, qualifizierte Frauen in Führung zu bringen.

### Quoten sind kein Allheilmittel

Die festgestellte Herausforderung kann nur personalpolitisch gelöst werden. Etwa die Hälfte eines Abitur-Jahrgangs ist weiblich; in etwa entspricht diese Quote auch dem Anteil von Frauen beim Studienabschluss. Dennoch finden sich Frauen nicht diesem Anteil entsprechend in Führungspositionen wieder. Die Frage: „Zu welchem Zeitpunkt und auf welcher Karrierestufe fallen die Frauen aus dem System?“ leitet zu den wirklich zielführenden Antworten.

### Talente-Pipeline auffüllen

Um Frauen in Führungspositionen zu bringen, bedarf es guter Angebote der Kinderbetreuung und Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger, Optionen des Führens in Teilzeit, aber auch generell flexibler Arbeitszeitmodelle. Die strengsten gesetzlichen Quoten können nicht erfüllt werden, wenn nicht genügend talentierte Kandidatinnen in der „Pipeline“ bereit stehen. Und genau hier besteht der Arbeitsauftrag an die Bundesregierung: Die vielzitierte Vereinbarkeit des Familienlebens mit dem Berufsleben muss flankiert werden mit besseren Angeboten bei der Kinderbetreuung und der Pflege Angehöriger. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, das unternehmerische Handeln zu unterstützen und zu fördern. Der mit dem FüPoG II geplante erneute Eingriff in die unternehmerische Freiheit erfüllt diesen Auftrag nicht.

**Autorin:** Petra Lindemann

## KONTAKT



### PETRA LINDEMANN

Geschäftsführerin  
Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt  
[petra.lindemann@bavc.de](mailto:petra.lindemann@bavc.de)

## INFO

Den OnePager zu diesem und weiteren Top-Themen aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber finden Sie hier

[bavc.de](https://www.bavc.de)

# WIRD DATENSCHUTZ ZUR INNOVATIONSBREMSE?

Seitdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Privacy-Shield-Abkommen für ungültig erklärt hat, stehen die Schulen vor ungeklärten Datenschutzfragen, wenn sie Anwendungen US-amerikanischer Anbieter wie Microsoft weiter nutzen wollen. Statt nach pragmatischen Lösungen zu suchen, drohen die Datenschutzbeauftragten der Bundesländer vielerorts mit einem Verbot gängiger Standardsoftware. Dies wäre ein gravierender Rückschritt für die digitale Vernetzung von Betrieben und Berufsschulen sowie für Schülerinnen und Schüler, welche auf die Arbeitswelt vorbereitet werden müssen.

## Digitale Kollaboration ausbauen statt beschränken

Die digitale Vernetzung der Lernorte Betrieb und Berufsschule gewinnt nicht erst seit Ausbruch der Corona-Pandemie an Bedeutung. Vielmehr ist die jetzige Ausnahmesituation ein Weckruf, wie dringend wir gut funktionierende digitale Kommunikations- und Lernplattformen für die gemeinsame Zusammenarbeit brauchen. Denn viele duale Ausbildungsberufe wurden in den letzten Jahren hinsichtlich ihrer digitalen Kompetenzen gestärkt, was auch mehr selbstorganisiertes, lernortübergreifendes Lernen erfordert. Die Betriebe haben sich deshalb auf den Weg gemacht, die digitale Zusammenarbeit mit der Berufsschule auf Basis von Soft- und Hardwarelösungen zu organisieren, welche dem gängigen Standard in weiten Teilen der Arbeitswelt entsprechen (z.B. Microsoft Office 365, Google G-Suite, Apple iCloud). Dies gewährleistet nicht nur einen hohen Praxistransfer, von dem die Berufsschülerinnen und Berufsschüler in ihrer Ausbildung profitieren. Es sichert auch einen breiten Funktionsumfang sowie eine einfache Bedienung und Administration, was sowohl für Lehrerinnen und Lehrer als auch für die Betriebe eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche, digitale Kollaboration ist.

## Chemie-Arbeitgeber fordern pragmatische Lösungen

Nach dem Urteil des EuGH zum Privacy-Shield-Abkommen müssen die Bundesländer neue Regelungen finden, wie sich Bildungseinrichtungen beim Einsatz von privaten Clouddienste-Anbietern, bei denen möglicherweise Datentransfers in die USA stattfinden können, rechtssicher verhalten. Als Chemie-Arbeitgeber fordern wir die Politik nachdrücklich dazu auf, nach pragmatischen Lösungen zu suchen. Diese müssen einerseits ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleisten, andererseits aber auch den Einsatz gängiger Soft- und Hardware in der Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule ermöglichen. Anderenfalls drohen erhebliche Rückschläge bei der so dringend erforderlichen digitalen Vernetzung der Lernorte und damit ein Attraktivitätsverlust des dualen Ausbildungssystems in Deutschland.

## Datenschutz und Bildungsauftrag zusammenbringen

In anderen EU-Ländern, die ebenfalls der Rechtsprechung des EuGH unterliegen, scheint dies verhältnismäßig schnell und unbürokratisch zu gelingen: So strebt beispielsweise die Bundesrepublik Österreich eine datenschutzrechtliche Vereinbarung sowie eine Eigenerklärung der Clouddienste-Anbieter an, um den Einsatz gängiger Software in Schulen weiter zu ermöglichen. In Verbindung mit einer transparenten Aufklärung und der bewussten Einwilligung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern sollte dies auch ein pragmatischer Lösungsansatz für die Bundesländer in Deutschland sein, der sowohl dem Datenschutz als auch ihrem Bildungsauftrag gerecht wird.

**Autor:** Christopher Knieling

 **KONTAKT**



**CHRISTOPHER KNIELING**

Programmleiter Nachwuchsmarketing  
Bildung und Innovation

[christopher.knieling@bavc.de](mailto:christopher.knieling@bavc.de)